

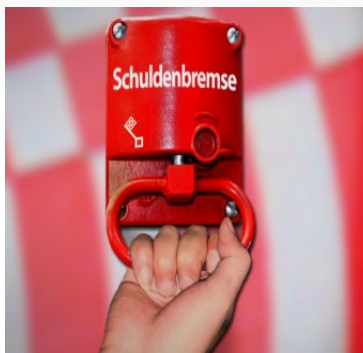
JULI 2012

Über Geld redet man nicht? Wir schon!

Seit Mitte des Jahres läuft bereits die Kampagne des DGB Rheinland-Pfalz für einen handlungsfähigen Staat. Nachdem es in der ersten Phase der Kampagne darum ging, Ziele und Maßnahmen zu definieren, wird es in Zukunft wichtig sein, möglichst viele Menschen zu erreichen und für unsere Ideen zu gewinnen. Dazu brauchen wir Eure Mithilfe!

Warum die Kampagne wichtig ist:

Wer die Debatte über öffentliche Haushalte verfolgt, hat den Eindruck, dass nach der Zeit der Marktradikalen nun die Zeit der Sparradikalen angebrochen ist. Das Mantra "Der Markt wird es richten" hat sich als falsch erwiesen. Das neue Mantra "Nur sparen kann uns retten" läuft allerdings auf dieselbe Politik hinaus. Marktradikale und Sparradikale sind identisch - und man findet sie in allen Parteien. Dadurch droht uns ein massiver Abbau des Sozialstaates und öffentlicher Leistungen.



Quelle: Montage Radio Bremen

Die Bundesländer – leider auch Rheinland-Pfalz - haben sich unter dem Druck öffentlicher Meinungsmache in die Zwickmühle manövriert. Weil die Länder kaum eigene Möglichkeiten haben, ihre Einnahmen zu verbessern, bleibt ihnen nur eine Stellschraube, um das angestrebte Haushaltsziel zu erreichen: Ausgabenkürzung.

Die Folge ist ein umfassender Rückzug des Staates. Für die Bürger bedeutet dies: geschlossene Schwimmbäder, geschlossene Theater, marode Straßen und Schienen, weniger Lehrer, weniger Polizisten und so weiter. Auch Arbeitsplätze sind bedroht.

Als Industriestandort ist Rheinland-Pfalz auf öffentliche Investitionen in die Infrastruktur angewiesen. Mit Blick auf den Fachkräftemangel wird es zudem darum gehen, das Land als attraktiven Standort für gut ausgebildete Arbeitskräfte zu erhalten.

Aus all dem folgt: Die Schuldenbremse hätte ohne gleichzeitige Verbesserung der Einnahmesituation nicht verabschiedet werden dürfen. Spitzensteuersatz, Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer lauten die Stichworte. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass der Staat handlungsfähig sein muss. Paradoxerweise haben wir uns als Konsequenz aus der Krise auf den Weg gemacht, den Staat noch handlungsunfähiger zu machen. Ziel unserer Kampagne ist es, dem ein Ende zu setzen.

Mit der Kampagne verfolgt der DGB folgende Ziele:

- Wir wollen deutlich machen, wo und wie staatliche Mittel eingesetzt werden, um das Gemeinwesen zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger zu organisieren.
- Wir wollen darstellen, welche Leistungen jetzt und in Zukunft nicht mehr möglich sind.
- Wir wollen der reinen Kürzungspolitik unsere Vorstellungen von einem solidarisch finanzierten Gemeinwesen gegenüberstellen.
- Wir wollen für ein neues Konzept von Steuergerechtigkeit, Steuervollzug und solidarischer Finanzierung der gemeinschaftlichen Aufgaben werben.

Was wir bislang gemacht haben. Einige Beispiele:

1. Logo



Mit zwei jungen Grafikern – Absolventen der Fachhochschule Mainz – haben wir ein Kampagnenlogo und ein Kampagnemotto entworfen (siehe links). Das Logo macht deutlich, dass der Satz „Über Geld redet man nicht!“ überholt ist. Der DGB begeht den „Tabubruch“ und spricht das Thema Finanzen offen an. Das Geld ist der Dreh- und Angelpunkt. Wir müssen dringend über Geld reden, wenn wir öffentliche Leistungen und das Gemeinwesen auch in Zukunft erhalten wollen.

2. Homepage

Für die Kommunikation der Kampagne hat der DGB die Internetseite www.ueber-geld-reden.de eingerichtet. Auf dieser Unterseite des Internetauftritts des DGB West finden sich alle Informationen zur Kampagne wie z.B. Veranstaltungen oder Hintergrundmaterial. Die Homepage bietet so einen schnellen Überblick über den aktuellen Stand und liefert Hintergrundmaterial für die eigene Arbeit vor Ort.

3. Analyse Doppelhaushalt 2013/2014

Der Doppelhaushalt 2013/2014 steht bereits deutlich unter dem Eindruck der im Land beschlossenen Schuldenbremse. Der DGB Rheinland-Pfalz hat den Haushaltsexperten Dieter Vesper damit beauftragt, den Haushalt zu analysieren. Die Analyse wurde im März bei einer Pressekonferenz vorgestellt. Einige Ergebnisse

Kommunalhaushalte

- Im vergangenen Jahrzehnt sind Landeshaushalt und Kommunalhaushalte in Rheinland-Pfalz - gemessen an der Verschuldung - auseinander gedriftet: Während sich die Position des Landes in der Schuldenhierarchie aller Bundesländer verbessert hat, sind die Schulden der rheinland-pfälzischen Kommunen weit überdurchschnittlich



Quelle: DIGITALstock / S. Bober

gestiegen. In der Summe beider Ebenen hat sich die Position von Rheinland-Pfalz merklich verschlechtert. Im Jahre 2000 lag Rheinland-Pfalz um 9 Prozent über dem Durchschnitt, 2010 waren es bereits 25%.

- Die Ursachen liegen in der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen. Insofern ist es nur konsequent, wenn ein kommunaler Entschuldungsfonds aufgelegt wird. Hier stellt sich allerdings die Frage, ob eine Beteiligung der Kommunen mit 2/3 nicht zu hoch angesetzt ist.

Personal im öffentlichen Dienst Rheinland-Pfalz

- Im Gegensatz zur Finanzierung der Kommunen ist im öffentlichen Dienst - legt man die Ergebnisse des regionalen Vergleichs zu Grunde - kaum Handlungsbedarf zu erkennen. Im Bereich der Verwaltungstätigkeit - Politische Führung, zentrale Verwaltung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz und auch Finanzverwaltung - bewegt sich Rheinland-Pfalz im Durchschnitt der Bundesländer, sodass von dieser Seite Einschnitte kaum berechtigt erscheinen.



Quelle: DGB/Schwabe (Best-Sabel)

Bildungsbereich

- Im personalintensiven Bildungsbereich liefern die Daten keinen Hinweis darauf, dass Personal abgebaut werden müsste - eher das Gegenteil ist der Fall.
- Vergleicht man die gesamten Bildungsausgaben, so liegt Rheinland-Pfalz deutlich - nämlich acht Prozent - unter dem

Durchschnitt aller Bundesländer. Wollte Rheinland-Pfalz hier aufholen, müssten also zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen eingesetzt werden.

Schuldenbremse

- Ungeachtet der Schuldenbremse muss das Land seine Finanzierungsdefizite abbauen. Hierzu bedarf es einem stabilen Wirtschaftswachstum. Die Aufnahme zusätzlicher Schulden kann immer nur die Ultima Ratio in der finanzpolitischen Entscheidungsfindung des Landes sein.
- Insofern ist dieses Instrument mit großer politischer Sorgfalt einzusetzen. Dieses Instrument aber - wie mit der Einführung der Schuldenbremse intendiert - gänzlich aus der Hand zu geben, geht letztlich einher mit einer Entpolitisierung des Budgetprozesses.
- Die Haushaltsautonomie und damit auch die Kreditautonomie der Länder gehört zu den Wesensmerkmalen ihrer Staatlichkeit; deshalb genießen sie den besonderen Schutz der Verfassung.
- Die Schuldenbremse stellt diese Autonomie in Frage - selbst dann, wenn eine „konjunkturelle Komponente“ verbleibt. Denn diese Komponente ist an viel zu restriktive Bedingungen geknüpft.



Quelle: DGB/Torkar (Best-Sabel)

Die Analyse findet sich ausführlich auch auf unserer Seite www.ueber-geld-reden.de.

4. Veranstaltungen

Podiumsdiskussionen, Vorträge und andere öffentliche Veranstaltungen sind ein gutes Instrument, um Debatten anzustoßen, zu informieren und ins Gespräch zu kommen. Bei prominenter Besetzung sind diese Termine oft auch für die örtliche Presse von Interesse, so dass die Chance besteht, die diskutierten Themen noch stärker in die Öffentlichkeit zu bringen.



Beispielhaft sind dafür zwei Diskussionsrunden, die der DGB Rheinland-Pfalz bereits im Rahmen der Kampagne für einen handlungsfähigen Staat bereits veranstaltet hat. So diskutierte der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid im März mit Sozialministerin Malu Dreyer und Frauenministerin Irene Alt über die Frage gleicher Bezahlung von Frauen und Männern.

Im April ging es bei einer Podiumsdiskussion u. a. mit dem Autor Dr. Wolfgang Hetzer und Finanzstaatssekretär Dr. Salvatore Barbaro um die Frage der Verantwortung aus der Finanzkrise und den aus Sicht des DGB fehlenden Konsequenzen, die aus der Krise gezogen wurden.

(Details im Internet unter:

http://west.dgb.de/themen/++co++db0fba8c-8948-11e1-5564-00188b4dc422/@@index.html?search_text=Hetzer&x=5&y=17)



5. Beispielsammlung

Wo macht sich die Schuldenbremse bereits bemerkbar? Wo werden staatliche Leistungen gestrichen, die bislang selbstverständlich waren? Im Rahmen der Kampagne haben wir Beispiele gesammelt, die verdeutlichen, wie sehr Land und Kommunen schon jetzt auf die Aufgabenbremse treten und damit die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger einschränken.

Die komplette Liste findet sich im Internet unter: <https://west.dgb.de/themen/++co++0ab8029a-74c1-11e1-5fb6-00188b4dc422/@@dossier.html>

Wie geht es weiter?

Derzeit befinden wir uns in den konkreten Planungen für die zweite Jahreshälfte. Mit weiteren Veranstaltungen, Informationsmaterial und Gesprächen wollen wir weiter für einen handlungsfähigen Staat werben. Dabei sind wir auch offen für Ideen und Anregungen aus den DGB-Mitgliedgewerkschaften und den örtlichen DGB-Gliederungen.

Wie können DGB-Regionen, Orts-, Kreis- und Stadtverbände die Kampagne unterstützen?

Aktuell geht es vor allem darum, die Kampagne bekannt zu machen. Wir selbst machen dies z.B. dadurch, dass wir das Kampagnenlogo in die Signatur unserer E-Mail-Adressen eingebaut haben. Zudem haben wir Postkarten und Plakate mit dem Kampagnenlogo drucken lassen, die wir gerne zur Verbreitung jederzeit zur Verfügung stellen. Dazu könnt Ihr Euch jederzeit an unser Kampagnenbüro wenden.



Als hilfreich hat es sich auch erwiesen, in Gesprächen mit lokalen Politikern und anderen Verbänden auf die Kampagne hinzuweisen. Die Frage der Kommunalfinzen ist gerade für die Lokalpolitik von wichtiger Bedeutung. Das Vesper-Gutachten zum Doppelhaushalt bietet einige interessante Hintergründe für die eigene Arbeit vor Ort. Und auch für die örtliche Presse ist das Gutachten immer wieder eine echte Fundgrube für die Berichterstattung. Dennoch kennen leider viele Lokaljournalisten das Gutachten noch nicht und wären für einen Hinweis sicherlich dankbar.



Auch für die von uns angelegte Beispielsammlung suchen wir immer noch neue Fälle. Wo wird ein Schwimmbad geschlossen, wo Eintrittszeiten für Büchereien gekürzt, wo werden dringend nötige Sanierungen immer wieder verschoben? Wir sammeln alle Beispiele und vervollständigen so kontinuierlich unser „Schwarzbuch Schuldenbremse“.

Quelle: <http://news.figurenkabarett.de>

Für die Organisation von Veranstaltungen vor Ort steht Euch das Kampagnenbüro in Abstimmung mit den DGB-Regionen gerne zur Unterstützung zur Verfügung.

Kontakt Kampagnenbüro:

DGB West

Handlungsfähiger Staat / Susanne Wagner

Kaiserstr. 26-30

55116 Mainz

Tel.: 06131-2816-34

E-Mail: susanne.wagner@dgb.de

Homepage: www.ueber-geld-reden.de

www.facebook.com/DGBBezirkWest

IMPRESSUM

DGB-Bezirk West

Rheinland-Pfalz / Saar

Kaiserstr. 26-30

55116 Mainz

Redaktion:

Henrik Schmitz

Susanne Wagner

DGB Rheinland-Pfalz

Tel.: (06131) 28 16-34

E-Mail: susanne.wagner@dgb.de

Herausgeber:

Dietmar Muscheid

www.dgb-west.de

